

Niederschrift

über die 14. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Dienstag, dem 06. Februar 2018, um 20:00 Uhr im Sitzungssaal der Lindener Ratsstuben

Stadtverordnetenvorsteher:	Burckart, Ralf	
Stadtverordnete:	Arnold, Jürgen	
	Bausch, Hans	
	Bork, Anneliese	
	Buchborn-Klos, Ellen	
	Geiselbrechtinger, Renate	
	Globuschütz, Axel	
	Dr. Goll, Michaela	
	Granzer, Georg	
	Hansmann, Dirk	
	Heine, Volker	
	Hille, Frank	
	Hoth, Wolfgang	
	Koch, Gisela	
	Lang, Gudrun	
	Lenz, Karin	
	Dr. Lenz, Ulrich	
	Leun, Manfred	
	Lodde, Franziska	
	Lodde, Hendrik	entschuldigt
	Löser, Friedel	
	Lübbbers, Silva	
	Markgraf, Antje	
	Markgraf, Uwe	
	Nöh, Burkhard	
	Reinwald, Peter	
	Rippl, Frank	
	Schaffer, Franziska	
	Schaffer, Joachim	entschuldigt
	Schimmel, Dirk	
	Dr. Schütz, Christof	
	Steinberg, Tim-Ole	entschuldigt
	Wedemann, Fabian	
	Weigel, Lothar	
	Weitze, Alisha	
	Weitze, Sigrid	
	Dr. Worm, Heinz-Lothar	
Magistrat:	Bürgermeister König, Jörg	
	Erster Stadtrat Arnold, Norbert	
	Stadtrat Altenheimer, Thomas	
	Stadträtin Braun, Petra	entschuldigt
	Stadtrat Deeg, Sven	
	Stadtrat Gath, Wolfgang	
	Stadtrat Krapf, Reinhold	

	Stadtrat Trinklein, Gerhard Stadtrat Wolter, Michael	entschuldigt
Ausländerbeiratsvorsitzender:	Abrahamian, Abraham	
Frauenbeauftragte:	--	
Jugendvertretung:	--	
Gäste:		
Verwaltung:	Retzer, Patrick, Hölzel, Frank, Zenkert, Andreas	
Presse:	Sekatsch, Harold (Gießener Allgemeine) Wißner, Thomas (Gießener Anzeiger)	
Zuhörer:	14	
Protokollantin:	Arnold, Tanja	

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Fragestunde gemäß § 16a der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden
3. Berichterstattung durch den Magistrat

Beschlüsse:

4. Vertragliche Vereinbarung zwischen dem Landkreis Gießen und der Stadt Linden
- Magistratsvorlage Nr. 052/16/21 -
5. Verleihung einer Ehrenbezeichnung
hier: Verleihung der Ehrenbezeichnung „Ehrevorsitzender des Ausländerbeirats“
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 047/16/21 -
6. Bauleitplanung der Stadt Linden, Stadtteil Leihgestern
Bebauungsplan Nr. 51 „Nördlich Breiter Weg“ 1. Bauabschnitt - 4. Änderung
(Vereinfachtes Verfahren gemäß § 13 BauGB)
hier: Aufstellungs- und Änderungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i.V. mit § 13 BauGB
- Magistratsvorlage Nr. 050A/16/21 -
7. Wahl der Mitglieder der Betriebskommission für den Eigenbetrieb „Stadtwerke Linden“
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 051/16/21 -
8. Satzung über die Aufhebung der Satzung über die Erhebung der Wettbürosteuer der Stadt Linden (Wettbürosteuersatzung)

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 053/16/21 -
- 9. Neufassung der Verwaltungskostensatzung
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 054/16/21 -
- 10. Bauleitplanung der Stadt Linden, Stadtteil Leihgestern
Bebauungsplan Nr. 67 „Östlich Eichendorffring/Am Arnsburger Weg“
sowie FNP-Änderung in diesem Bereich
hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB
- Magistratsvorlage Nr. 055/16/21 -
- 11. Bauleitplanung der Stadt Linden, Stadtteil Großen-Linden
Bebauungsplan Nr. 50 „Parkplatz an der Hans-Böckler-Straße“ – 1. Änderung „Solarpark
Linden III“ sowie Änderung des Flächennutzungsplanes in diesem Bereich
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs.1 BauGB
- Magistratsvorlage Nr. 057/16/21 -
- 12. (Nach-) Wahl von Schriftführerinnen bzw. Schriftführern und ihrer Stellvertreter/-innen
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 058/16/21 -
- 13. Konzept zu Kindergartenbeiträgen
- Antrag SPD - Fraktionsantrag Nr. 047/16/21 -
- 14. Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr
2018
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 056/16/21 -
- 15. Beschlussfassung über den Haushaltsplan der Stadt Linden für das Rechnungsjahr 2018
 - a) Haushaltssatzung
 - b) Stellenplan
 - c) Haushalt- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 056/16/21 -
- 16. Antrag auf Nichtverwendung von Glyphosat-haltigen Pestiziden
- Antrag Bündnis 90 / DIE GRÜNEN – Fraktionsantrag Nr. 052/16/21 -
- 17. Antrag auf Einsetzung eines Akteneinsichtsausschusses gemäß § 50 Abs. 2 HGO
- Antrag FDP – Fraktionsantrag Nr. 053/16/21 -

Kenntnisnahmen:

- 18. Mitteilungen und Ergebnisse zu vorliegenden Anfragen / Prüfanträge
 - a) Anfragen nach § 16 b der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und
die Ausschüsse der Stadt Linden

Zu TOP 1:

Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stadtverordnetenvorsteher Burckart eröffnet die 14. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde, die vorgeschriebene Veröffentlichung in den Lindener Nachrichten erfolgte und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Er begrüßt zunächst die Zuhörer, den Vorsitzenden des Ausländerbeirates, Herrn Abrahamian, den Magistrat, die Vertreter der Presse und alle Parlamentarier.

Anschließend gratuliert er allen Parlamentariern und Magistratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten und begrüßt das neue Mitglied Frau Silva Lübbers.

Zur Tagesordnung ergeben sich folgende Änderungen:

Herr Dr. Schütz teilt mit, dass TOP 16 (Antrag Bündnis 90 Die Grünen auf Nichtverwendung von Glyphosat-haltigen Pestiziden) von der Tagesordnung genommen werden soll. Er soll aber im Geschäftsgang bleiben.

Frau Lang teilt mit das TOP 13 (Konzept zu Kindergartenbeiträgen) ebenfalls von der Tagesordnung genommen werden soll. Auch er soll im Geschäftsgang verbleiben.

Herr Leun merkt an TOP 14 und TOP 15 zu vereinigen.

Die Tagesordnungspunkte ändern sich somit entsprechend.

Zu TOP 2:

Fragestunde gemäß § 16a der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden

Herr Dr. Schütz fragt nach, warum der Müllkalender 2018 noch nicht auf der Homepage ist sondern dort immer noch der von 2017

Herr Reinwald merkt an, dass in der letzten Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde, die Protokolle und auch die Anfragen und Antworten zu veröffentlichen.

Herr König beantwortet das dieses Erledigt wird.

Weiter fragt Herr Reinwald nach dem Beschluss der Hinzuziehung von Sachverständigen. Im September 2017 hieß es das kein Dringlichkeit Antrag benötigt wird. Wie ist der Sachstand hierzu.

Herr König teilt mit, dass 5 Büros angefragt wurden und bisher zwei Rückmeldungen vorliegen, Herr Braun der Sachbearbeiter der Verwaltung, konnte es aus Zeitgründen noch nicht weiter verfolgen. In den kommenden Tagen soll es zu einem Ergebnis kommen, da die Bausachverständigen Rückmeldung geben sollen.

Herr Bausch erklärt, es wäre sehr wichtig, dass alle Einladungen und Protokolle, auch die von den Ausschüsse, allen Stadtverordneten zugehen. Es gibt Stadtverordnete, die nicht in den Ausschüssen sind so könnten sie über alle Themen informiert werden.

Herr Burckart erklärt, dass dieses mit dem Ratsinformationssystem einfacher wird.

Zu TOP 3:

Berichterstattung durch den Magistrat

Ratsinformationssystem

Herr König berichtet, dass es bisher 3 Schulungen in der Verwaltung gab, die nächste Schulung kommt in der nächsten Woche. Mitte des Jahres soll das System starten, so dass in der zweiten Hälfte des Jahres alle damit arbeiten können.

Tagungsraum

Der Tagungsraum soll klimatisiert werden.

Weiterentwicklung Nördlicher Breiter Weg

Der Magistrat hat den Bürgermeister beauftragt, einen vergleichbaren Partner zu suchen. Es gibt andere Partner die es vielleicht besser sind als die HLG. Hierzu gab es eine Besprechung und es werden noch weitere Partner gesucht sodann wird eine entsprechende Ausschreibung erstellt.

Kita Obergasse

Die neue kommissarische Leitung ist am 01.02.2018 in ihren Dienst eingetreten. Diese war erforderlich, da Frau Dörr in Elternzeit ist.

Lärm und Schallmessungen

Im Frühjahr sollen Lärm- und Schallmessungen an der Main Weser Bahn durchgeführt werden, um zu klären ob und welcher Lärmschutz zu errichten ist.

Dankeschön an die Verwaltung, die die Protokolle sehr gut ausführen.

Es soll nachgedacht werden bzw. der Ältestenrat soll diskutieren ob die Geschäftsordnung wieder geändert wird, um sie zu perfektionieren.

Zu TOP 4:

Vertragliche Vereinbarung zwischen dem Landkreis Gießen und der Stadt Linden

- Magistratsvorlage Nr. 052/16/21 –

Herr König erklärt, dass in dieser Sache viel diskutiert wurde und mit dem Landkreis viele Gespräche geführt wurden. Es wurde eine Vereinbarung erzielt - die ein Kompromiss darstellt.

Die Stadt kann es sich nicht leisten, eine gänzlich neue Halle zu bauen. Diese Halle steht in den Schulfreien Zeiten den Vereinen zur Verfügung, deswegen sollte sich hieran beteiligt werden.

Die Beträge wurden im Nachtragshaushalt fixiert, es bedarf jetzt der Festschreibung des vorliegenden Vertrages vom 1.2.2018

Frau Lodde teilt mit, dass es ein Gespräch mit der Landrätin Schneider gab, die dem Ausschuss alle Fragen nochmals beantwortet hat.

Der Ausschuss hat mit 8 Ja Stimmen und 1 Enthaltung eine einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Herr Leun betont, dass hier sehr viel erläutert und diskutiert wurde. Es soll überlegt werden, ob in der Präambel

Punkt 5 nicht gestrichen werden soll dieses nicht zur Anwendung kommt.

In Punkt 3 der Präambel sind Bemerkungen von Frau Lodde angemerkt worden, die aber nicht aufzufinden sind.

Vereine sind keine Vertragspartner; sie erhalten aber ein Nutzungsrecht. Er stellt die Frage was für Vereinbarungen vorgesehen sind.

In § 4 stört Herrn Leun das Wort verhandeln es müsse durch anpassen ersetzt werden.

Herr König antwortet, dass es entscheidend ist, dass die Vereine und die Stadt Linden ein Nutzungsrecht bekommen um dort trainieren zu können, dieses wird notariell beurkundet. Die Präambel ist nicht entscheidend und es kann trotzdem beschlossen werden.

Herr Heine fragt an, ob bekannt ist - dass von Seiten der Lehrerschaft noch eine Tribüne einzurichten ist.

Herr König erklärt, dass die Gespräche zum Gesamtkonzept noch am Laufen sind. Es ist eine Halle die lange stehen soll und da soll es eine Lösung geben, die alle Zufrieden stimmt.

Herr Hoth erklärt, dass die Lehrer sich eine kleine Tribüne wünschen – hier geht es aber darum, dass das Projekt endlich beschlossen wird mit dem Nutzungsrecht für die Stadt, Schule und Vereine.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage ergibt folgendes Ergebnis:

29 Ja Stimmen

5 Gegenstimmen – mehrheitlich Beschlossen

Zu TOP 5:

Verleihung einer Ehrenbezeichnung

hier: Verleihung der Ehrenbezeichnung „Ehrevorsitzender des Ausländerbeirats“

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 047/16/21 -

Herr König informiert, dass Herr Dr. Sagedian über 20 Jahre ehrenamtlich als Ausländerbeiratsvorsitzender tätig war.

Frau Lodde teilt mit, dass der Ausschuss eine einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen hat.

Die Abstimmung über die Verleihung einer Ehrenbezeichnung ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 6:

Bauleitplanung der Stadt Linden, Stadtteil Leihgestern

Bebauungsplan Nr. 51 „Nördlich Breiter Weg“ 1. Bauabschnitt - 4. Änderung

(Vereinfachtes Verfahren gemäß § 13 BauGB)

hier: Aufstellungs- und Änderungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i.V. mit § 13 BauGB

- Magistratsvorlage Nr. 050A/16/21 –

Herr König erklärt, aufgrund der vielen Anfragen, soll nochmal der Bebauungsplan geändert werden, da man heute anders baut. Die Änderungen sollen erneut in den Bebauungsplan eingeführt werden.

Herr Nöh teilt mit, dass der Bauausschuss eine einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen hat.

Herr Heine merkt an, dass es Sinnvoll wäre, die Firstvorgaben freizugeben.

Die Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis

33 Ja Stimmen

1 Enthaltung - mehrheitlich beschlossen

Zu TOP 7

Wahl der Mitglieder der Betriebskommission für den Eigenbetrieb „Stadtwerke Linden“ - Magistratsvorlage Drucksache Nr. 051/16/21 -

Herr König erklärt aus der SPD Fraktion würde Herr Hansmann und als Stellvertreter Herr Uwe Markkraf in die Betriebskommission eintreten.

Bei den Bündnis 90/Die Grünen Herr Globeschütz und als Stellvertreter Herr Volker Heine

Die Abstimmung über die Wahl der Betriebskommission ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 8

Satzung über die Aufhebung der Satzung über die Erhebung der Wettbürosteuer der Stadt Linden (Wettbürosteuersatzung) - Magistratsvorlage Drucksache Nr. 053/16/21 -

Herr König gibt bekannt, dass die bisherige Art der Wettbürosteuer durch aktuelle Rechtsprechung für nichtig erklärt wurde. Dadurch muss nun die Wettbürosteuersatzung aufgehoben werden. Eine neue Mustersatzung des HSGB gibt es derzeit noch nicht, aber sobald diese vorliegt, werde man diese als neue Satzungsvorlage zur Abstimmung einbringen.

Frau Lodde teilt mit, dass der Ausschuss eine einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen hat.

Die Abstimmung über die Wettbürosteuersatzung ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 9

Neufassung der Verwaltungskostensatzung - Magistratsvorlage Drucksache Nr. 054/16/21 -

Herr König teilt mit, dass die Verwaltungskostensatzung längst überfällig war. Die letzte Änderung war 2003; dort wurde aber nur von DM auf Euro umgestellt vom Inhalt änderte sich nichts.

Frau Lodde teilt mit, dass der Ausschuss eine einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen hat.

Herr Granzer merkt an, § 8 Ziffer 4 Gebühren nach Zeitaufwand?
da gibt es aktuelle Sätze es sind jetzt für den Höher Dienst 19,75 Euro, gehobenen Dienst 16,25 Euro und die übrigen 12,75 Euro.
Die Änderung soll so mitbeschlossen werden.

Frau Dr. Goll fragt nach, ob man nicht einfach die Formulierung ändern kann, damit nicht immer alles geändert werden muss.

Herr Granzer erklärt, dass sich diese Kosten öfters ändern und warum man da nicht sagen kann, dass sich die Beträge nach Anlage 1 der aktuellen Fassung richten, so müssten keine Beträge aufgenommen werden

Herr Lenz stimmt zu, dass das Land Hessen immer die aktuellen Sätze bekannt gibt und es solle so verfahren werden wie es von dort bekannt gegeben wird.

Herr König merkt an, der Bürger möchte eher Beträge wissen er finde die Euro Benennung besser.

Herr Norbert Arnold: Beträge sollten in der Satzung stehen, aber auf die Änderung verwiesen werden und jedes Jahr automatisch neu eingestellt werden.

Herr Leun merkt an das § 12 Rückwirkend in Kraft treten nicht geht

Herr König erklärt, dass dazu wurde einheitlich im HFA gesagt wurde, dass die Satzung ab Wirkung in Kraft tritt.

Es soll Abstimmung mit den konkreten Beträgen erfolgen.

Die Abstimmung über die Neufassung der Verwaltungskostensatzung mit den genannten Änderungen ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 10

Bauleitplanung der Stadt Linden, Stadtteil Leihgestern

Bebauungsplan Nr. 67 „Östlich Eichendorffring/Am Arnsburger Weg“

sowie FNP-Änderung in diesem Bereich

hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB

- Magistratsvorlage Nr. 055/16/21 –

Herr König erklärt, dass man dieses Baugebiet über einen Investor entwickeln lassen könne. Zwar sei die Lage zwischen Eisenbahn- und Autobahnlinie nicht optimal, aber hier könnten Neubürger angesiedelt werden, die aufgrund der Vergaberichtlinien kein städtisches Grundstück erhalten können. Mit der Erschließung könne auch das Problem der Wasserleitung (teilweise auf privaten Grundstücken „Arnsburger Weg“) und der Stromleitung gelöst werden (Um Verlegung).

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt hat mit 6 Ja Stimmen und 3 Enthaltungen Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Herr Dr. Schütz sieht dieses Projekt sehr kritisch.

- Es gab in der Stadt die gute Regel, dass Baugebiete durch die Stadt erschlossen werden. Ausnahme hiervon war das Baugebiet „Die Tränke“. Bei dem jetzigen Gebiet habe man aber die freie Entscheidung, ob man dies wolle oder nicht. Das Parlament hatte gute Gründe, so etwas nicht in private Hände zu geben. Diese Gründe sind immer noch gültig und die Tatsache, dass hier ein Investor ein gutes Angebot gemacht hat, sei kein Grund vom bisherigen Vorgehen abzuweichen.

- Außerdem habe ihn überrascht, dass Herr Fischer der Investor sei. Hierzu habe er persönlich sehr große Bedenken, da es jetzt schon so aussehe bzw. vermutet werde, als gehöre Herr Fischer zur Stadt oder sogar umgekehrt.

- Es werde eine Form des „Kannibalismus“ gefördert; die Stadt verkauft Grundstücke, obwohl wir als Stadt vorgesehen hatten, das Baugebiet „Nördlich Breiter Weg“ weiter auszubauen. Wer in diesem neuen Baugebiet ein Grundstück kauft, kann in Nördlich Breiter Weg keins mehr kaufen. Die Tatsache, dass wir Punkte vergeben, kann jederzeit geändert werden, wenn man zu der Überzeugung gelangt, dass es anders bessergehe.

- Auch der Flächenverbrauch sei zu berücksichtigen.

- Die Zusagen, man könne über alles diskutieren und Reden, es soll bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden usw. sind seiner Meinung nach zu viele „Luftnummern“, als dass man dem zustimmen könnte.

Abschließend bittet er das Parlament, über diese Vorlage weiter nachzudenken und dem so nicht zuzustimmen.

Herr König erklärt ausdrücklich, dass die Grundstücke nicht von der Stadt an den Investor verkauft wurden. Der Investor habe die Grundstücke von Privatpersonen gekauft.

Frau Lang teilt mit, dass die SPD ebenfalls nicht zustimmen kann, da die „Verkehrliche Situation“ nicht geregelt ist. Sie erläutert dies ausführlicher. Auch sie bezieht sich auf den Beschluss, dass nur die Stadt Baugebiete erschließt, was ja letztendlich dazu geführt hat, dass das Baugebiet Nördlich Breiter Weg weiterentwickelt werden soll. Dieses neue Baugebiet liegt nicht im Regionalplan, so dass man gezwungen werden könnte, städtische Baugebiete nicht weiter zu entwickeln. Es sei sicherlich verlockend, von einem Investor die positiven Effekte zu nutzen. Es ist auch richtig, dass bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden muss, wobei der Investor nichts von Sozialwohnungen gesagt habe. Man solle geplant überlegen, wie sich unsere Stadt entwickeln soll und hier nicht vorschnell entscheiden.

Herr Reinwald schließt sich im Wesentlichen seinen Vorrednern an. Man habe zu keiner Zeit eine Aussage getroffen, ob dieses neue Baugebiet wirklich keine Nachteile bei der Schaffung weiterer städtischer Baugebiete bringt. Hierzu sollte noch eine Information kommen, was jedoch leider nicht geschehen ist. Seine Fraktion werde dieser Beschlussvorlage ebenfalls nicht zustimmen.

Herr Hille führt aus, dass das Vorgetragene sicher Punkte seien, über die man reden müsse. Allerdings müsse man sich verdeutlichen, auf welchem Stand des Verfahrens man derzeit sei. Jetzt soll ein Aufstellungsbeschluss gefasst werden und der Satzungsbeschluss erfolgt erst am Ende der Untersuchungen. Wenn das Vorgetragene für die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD zur Folge hat, dass das neue Baugebiet gleich abgelehnt wird, bedeutet dies jedoch aber auch, dass man sich damit erst gar nicht befassen/auseinandersetzen will.

Es soll bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden; dafür braucht man Grund und Boden – den habe man hier. Jetzt könne man exakt festschreiben (Prozentuale Auflage), was man zulassen möchte und was nicht. Aber jetzt gar nichts zu machen, sei verkehrt. Man beraube sich jeglicher Chance sich mit diesen Fragen/Problemen auseinander zu setzen und ggf. nach Lösungen zu suchen. Seine Partei will diese Untersuchungen durchführen und dann genau festlegen, was man haben will und was nicht. Dies wird dann exakt in einem städtebaulichen Vertrag festgeschrieben. Damit könne man bezahlbaren Wohnraum schaffen, wie er im Wohnraumkonzept des Landkreises gefordert und gefördert wird.

Herr König führt aus, dass es großen Mut bedarf, ein derartiges Projekt zu verwirklichen. Wäre dieser Vorschlag aus dem Parlament gekommen, so hätte er alleine schon in Bezug auf die Kosten große Einwände erheben müssen. Die geplanten und erforderlichen Verlegungen der Hochspannungsleitung und der Wasserleitung werden ca. 1-3 MIO € kosten. Dort ein Baugebiet durch die Stadt auszuweisen, würde alleine schon daran scheitern; auch mit der Begründung, dass es an anderer Stelle kostengünstiger möglich wäre.

Herr Reinwald habe die Ausführungen von Herr König so verstanden, dass bisher lediglich ein Kaufangebot für die Grundstücke vorliegt. Gibt es hierzu weitere Informationen. Und zu den Ausführungen von Herrn Hille erklärt er, dass sich die Stadt natürlich weiterentwickeln soll, um jungen Familien die Möglichkeit zu geben, sich hier anzusiedeln. Allerdings stellt sich für ihn die Frage, warum gibt es nur einen Investor und nicht mehrere? Hier tauche ein gewisses „Geschmäckle“ auf; wo hat die Stadt selber gehandelt und evtl. die Grundstücke selber gesichert und nicht nur dieser eine Investor?

Herr König betont noch einmal, dass der Investor mit Privatpersonen Kaufverträge abgeschlossen hat; er war bei diesen Handlungen nicht anwesend und es käme auch gar nicht darauf an, in welcher Form

diese Verträge abgeschlossen wurden oder nicht. Er kann auch mit keinem Investor in einen Wettbewerb starten, wenn es gar keine städtischen Grundstücke sind. In anderen Kommunen sei es Gang und Gebe, dass Investoren mit privaten Grundstückseigentümer Verhandlungen führten, um neue Baugebiet zu entwickeln. Er könne diese Diskussion nicht nachvollziehen, dass hier evtl. ein bestimmter Investor einen Vorteil erhalten soll. In diesem Zusammenhang erinnert er an Depant und die Alte Gärtnerei. Am Anfang wurde zu diesem Thema im Parlament ebenfalls heftig diskutiert und heute spricht keiner mehr darüber. Man müsse sich hier die geplanten Grundstücke vorstellen (ca. 40); vergleichbar mit dem Baugebiet „In der Imsbach“. Würde man sich dort an den Zugängen zu dem Baugebiet aufstellen und den Verkehr zählen, dann käme man zu dem Ergebnis, dass viel zu wenig Verkehr rein und raus fährt, um es auf die Waagschale zu werfen.

Herr Bausch teilt mit, dass seine Fraktion hierüber ebenfalls nicht einig geworden sei und daher auch unterschiedlich abstimmen werde.

Laut Herrn Heine sehe es in seiner Fraktion ähnlich aus. Allerdings ist er wie Herr Hille der Meinung, dass man das Baugebiet erst einmal auf den Weg bringen sollte, um sich dann erst mit der Innenentwicklung zu beschäftigen. Auch für ihn gebe es noch offene Fragen. Warum kann keine verkehrliche Erschließung über die Bahnhofstraße, die Goethestraße oder den Mahrweg stattfinden? Was ist mit einem Kinderspielplatz oder einem Kindergarten; in diesem Bereich von Großen-Linden gebe es keinen Kindergarten. Dann kann auch noch die Frage nach bezahlbarem Wohnraum geklärt werden.

Die Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis: 16 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen.

Zu TOP 11

Bauleitplanung der Stadt Linden, Stadtteil Großen-Linden

Bebauungsplan Nr. 50 „Parkplatz an der Hans-Böckler-Straße“ – 1. Änderung „Solarpark Linden III“ sowie Änderung des Flächennutzungsplanes in diesem Bereich

hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs.1 BauGB

- Magistratsvorlage Nr. 057/16/21 –

Herr König stellt das Thema vor und erwähnt, dass auch hier ein Investor auf die Stadt Linden zugekommen ist und in Verbindung mit dem Eigentümer einen Solarpark errichten möchte.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt hat eine einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Die Abstimmung ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 12

(Nach-) Wahl von Schriftführerinnen bzw. Schriftführern und ihrer Stellvertreter/-innen

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 058/16/21 –

Bürgermeister König geht auf die neuen Schriftführer ein. Das man nun wesentlich mehr Schriftführer als in der Vergangenheit hat, soll dazu führen, dass es unter den Bediensteten gerechter zu gehen soll und nicht immer die Gleichen schreiben müssen.

Herr Zenkert, Herr Weber und Frau Müller (die noch nicht im Dienst ist) sollen ernannt werden.

Frau Lodde teilt mit, der Ausschuss hat eine einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Die Abstimmung ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 13 und 14

Konzept zu Kindergartenbeiträgen

- Antrag SPD - Fraktionsantrag Nr. 047/16/21 –

Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr 2018

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 056a/16/21 –

Es gibt einige Änderungsvorschläge der Anträge (siehe dazu Tabelle)
Lfd Nr. 4 wird zurückgezogen

Lfd. Nr 1:

Der HFA hat bei 2 Ja Stimmen und 7 Enthaltungen Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Herr Hille teilt mit, dass dieses Thema im Ausschuss ausführlich besprochen wurde, er weist darauf hin, dass das Fachpersonal das Bad in den Morgenstunden auch saubermachen müsse. Es ist organisatorisch nicht umzusetzen.

Frau Lang erklärt es sollte das Angebot der neuen Öffnungszeiten bei der Überarbeitung neuen Badeordnung miteinbezogen werden.

Herr Globbschütz sagt dazu, es soll erst mal nur in den Haushalt mit einbezogen werden es könnte eine Reinigung mit einer Frühbadezeit koordiniert werden. Im Landkreis gäbe es einige Bäder, wo das auch gut funktioniert.

Die Abstimmung ergibt 7 Ja Stimmen, 25 Nein Stimmen und 2 Enthaltungen – mehrheitlich abgelehnt.

Lfd. Nr. 2

Der HFA hat bei 3 Ja Stimmen und 6 Enthaltungen Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Herr Hille erinnert daran, dass der Ergebnishaushalt bereits defizitär ist. Wie weit soll das Defizit noch ausgedehnt werden? Er findet, dass man es nicht weiter vergrößern sollte

Herr Heine ist der Meinung, dass die bereits im Entwurf geplanten 10.000 € für die Grube Fernie nichtausreichen werden, da sie in einem sehr schlechten Zustand ist. Es wird derzeit renoviert vom Bauhof.

Am Grillplatz Wasserhaus in Leihgestern ist die Toilettenanlage zu renovieren und die Außenfassade. Herr König bezieht sich auf die Fachleute vom Bauhof, diese bekommen es so hin das es wieder gut aussieht.

Die Abstimmung ergibt 22 Ja Stimmen 12 Nein Stimmen – mehrheitlich angenommen.

Lfd. Nr 3

Der HFA hat bei 3 Ja Stimmen und 6 Enthaltungen Beschlussempfehlung ausgesprochen

Herr Hille erklärt das verschiedene Teile hier schon so gemacht werden. Es ist eine wichtige Sache den Klimaschutz zu befolgen. Es wird gefördert, was ihm allerdings ein bisschen quer liegt ist die

Überschneidung mit Aufgaben, die schon bestehen und keine klaren Abgrenzungen. Sie würden der Sache mitgehen mit dem Änderungsantrag, dass ein Sperrvermerk in den Haushalt mit eingebracht wird, dass diese Gelder erst mit Vorliegen der Aufgabenbeschreibung freigegeben werden. Es ist nicht klar geregelt was die Stadt macht und was der Klimamanager macht.

Dr. Schütz erklärt, dass eine Stellenbeschreibung hergestellt werden muss. Es geht noch nicht um einen Sperrvermerk. Es geht nur darum, dass wir das Geld in den Haushalt einstellen wollen. Es ist kein Sperrvermerk nötig - wir reden hier über Fördergeld über 3 Jahre. Es muss erst mal Geld eingestellt werden um das zu sehen wie es weitergehen kann. Das kommt dann nicht mehr in das Parlament, sondern es ist die Aufgabe des Magistrat.

Hille: Sperrvermerk würde nichts hemmen es soll einfach das Parlament beteiligen wollen. Änderungsvertrag soll genehmigt werden mit Sperrvertrag, dass alle mit beteiligt werden.

Herr König gibt zu bedenken, dass nach dem Antrag diese Stelle auch in den Stellenplan fixiert werden soll - bei einer befristeten Stelle ist dies nicht nötig; wir bräuchten hier dementsprechend nur das Geld aber keine Veränderung im Stellenplan.

Frau Lang merkt an, dass es nicht im Stellenplan mit drinstand. Bei dem Sperrvermerk soll es ein Datum geben bis wann man diese Person auch einstellen kann.

Dr. Schütz schließen sich CDU an Änderungsvertrag mit Sperrvermerk.

Die Abstimmung ergibt einstimmige Annahme.

Lfd nr. 5 Waldkindergarten II

Der HFA hat bei 3 Ja Stimmen und 6 Enthaltungen Beschlussempfehlung ausgesprochen

Herr König erklärt zu dem Vorhaben was angedacht war, dass dieses aber jetzt nicht mehr möglich ist. Leider sind es zur Zeit nur 3 Anmeldungen im Waldkindergarten. Ein reiner Waldkindergarten ist problematisch, da dort keine U 3 Kinder hingehen können. Umbauten müssten getätigt werden. Diese U 3 Kinder sind dann meist schon in anderen Einrichtungen und bleiben dann meistens auch dort. In einen Waldkindergarten können nur Ü3 Kinder gehen.

Herr Hille stellt Änderungsantrag auf 42.000 Euro.

Schütz: fragt an was mit dem Antrag geschehen soll wenn es keinen Waldkindergarten gibt. Die Intension ist, dass der Waldkindergarten attraktiv gemacht werden soll. Es gibt auch U3 Waldkindergärten dazu müsste Frau Arnold eingeladen werden, um Möglichkeiten durchzusprechen. Fraktion stimmt nicht zu auch nicht den Abänderungsantrag.

Herr Bausch schlägt vor den Antrag zurückzuziehen und ihn im Geschäftsgang zu belassen.

Herr Burckart erwidert, dass er nicht im Geschäftsgang bleiben kann.

Dr. Schütz übernimmt diesen Gedanken und Frau Arnold wird in der nächsten Ausschusssitzung mit eingeladen.

Der Antrag wurde zurückgezogen.

Lfd. Nr. 6 Gehwege Kataster

Der HFA hat bei 3 Ja Stimmen und 6 Enthaltungen Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Frau Lang: Es wurde darüber diskutiert, dass Geld für Planung einzuplanen oder gar schon zu nutzen. Es solle eine Prioritätenliste erstellt werden vom Bauhof mit einer Frist bis zum 31.5.2018

Herr Heine der Antrag wurde eingebracht um eine Bestandserhebung zu erfassen. Wenn das der Bauhof leisten kann, wäre es eine gute Sache. Es ist eine lange Strecke, die barrierefrei nicht zu nutzen ist. Wenn das Geld jetzt schon mal genutzt wird um Maßnahmen durchzuführen von Seiten des Bauhofes, wären wir einverstanden kein Kataster einzustellen, sondern umzusetzen.

Bisher war der Gedanke wir brauchen das Kataster in der Annahme das dies vom Bauhof nicht erledigt werden kann nun hören wir dieses Geld ist dafür nicht notwendig, weil der Bauhof es erledigen kann dann macht es keine Sinn Geld in den Haushalt einzustellen. Der Inhalt wäre das der Beschluss die Stadt stellt ein Gehwegkataster her und setzt 10.000 Euro für die ersten Maßnahmen ein.

Die Abstimmung der Umsetzung ergibt einstimmige Annahme.

Lfd Nr. 7 Feld und Wirtschaftswege

Der HFA hat eine 3 Ja Stimmen und 6 Enthaltungen Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Herr Bausch moniert das es nur 15.000 Euro drin sind es sollte bei 25.000 Euro. belassen werden da es nicht reicht für das was angedacht ist.

Die Abstimmung der Umsetzung ergibt einstimmige Annahme.

Lfd. Nr. 8 Spielgeräte

Der HFA hat bei 3 Ja Stimmen und 6 Enthaltungen Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Herr Hille: 70.000 Euro sind eingestellt; davon 40.000 Euro für Spielgeräte für Kinder mit Behinderung und es solle noch für entsprechende Beschattung gesorgt werden. Es ist für die 70.000 Euro alles zu leisten. Die Erhöhung ist nicht notwendig.

Herr Heine es soll nur über die 30.000 Euro gesprochen werden. Es wurden alle Spielplätze begangen und eine Mängelliste erstellt. Es wurde festgestellt, dass keinen Beschattungen und Bänke rund um die Sandkästen vorhanden sind. Ganz viele Spielplätze haben für Kleinkinder keine Spielgeräte.

Herr König schlägt vor 10.000 Euro für Beschattung einzustellen. Der Bauhof hatte verschiedene Vorschläge.

Herr Bausch merkt an das es nicht um den Betrag geht. Wenn Geld nicht benötigt wird muss es ja nicht ausgegeben werden.

Die Abstimmung ergibt 22 Ja Stimmen 12 Nein Stimmen – mehrheitlich angenommen.

Lfd. Nr. 9 Rechtsberatung

Der HFA hat bei 5 Ja Stimmen und 4 Enthaltungen Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Herr Reinwald teilt mit, dass es demnächst einen Akteneinsichtsausschuss gibt. Hier müssen alle auf einen gleichen Wissensstand gebracht werden. Hierzu ist externe Beratung nötig. Hier sollten Mittel vorsorglich eingestellt werden, wenn sie nicht benötigt werden nutzt man sie nicht.

Herr Hille erwidert, dass sich das Gremium noch nicht festgelegt hat - was es braucht und es wird unterstellt alle haben keine Ahnung. Wir sind Mitglied im HSGB da sind Personen die kennen sich aus und es kostet uns auch nichts. Wir sollten die Spezialisten nutzen. Es soll noch kein Geld abgestellt werden

Die Abstimmung ergibt 22 Ja Stimmen 12 Nein Stimmen – mehrheitlich angenommen.

Lfd. Nr. 10 Überdachungen für Bushaltestellen

Der HFA hat bei 5 Ja Stimmen und 4 Enthaltungen Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Die Abstimmung der Überdachung der Bushaltestellen ergibt einstimmige Annahme.

Lfd. Nr. 11 Entlastung/Umgehungsstraße Nördlicher Breiter weg

Der HFA hat bei 2 Ja Stimmen und 7 Enthaltungen Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Herr Hille regt an, es muss sich dringend um die Verkehrssituation Gedanken gemacht werden. werden. Eine Situation rauszunehmen ist problematisch und es muss einheitlich gehandelt werden. Das Thema soll nochmal aufgenommen werden im Gesamtprojekt.

Herr Reinwald: Fraktion wird zustimmen. Er nimmt die Erkenntnis aus dem vorherigen Redebeitrag mit, dass solange Gelände/Grundstücke eines von der Stadt sympathischen gefundenen Investors gebe brauche man sich keine Gedanken machen über eine Weiterentwicklung. Es ist wichtig, dass hier etwas getan wird.

Herr Hille möchte sich den Unterstellungen verwehren. So ist hier kein Umgang miteinander.

Herr Bausch schlägt vor - nicht gleich 80.000 Euro für Planungskosten zu nehmen, da wo man noch nicht weiß, was man will.

Es soll ein komplettes Konzept erstellt werden und es wäre besser, wenn ein Antrag im gesamten Verkehrskonzept gestellt wird. Es soll heute nicht zur Abstimmung gebracht werden.

Frau Lang hätte sich eine Lösung von 2036 gewünscht. Es solle ein Anschluss an die Gießener Straße erschaffen werden. Es soll ein Anfang geschaffen werden.

Herr Bausch erwidert auch wenn der zweite Bauabschnitt kommt gehen 2-3 Jahre ins Land und bis es überplant ist – ist es genug Zeit diese Dinge übers Land zu bringen.

Dr. Schütz schließt sich Herrn Bausch an.

Herr Burckart fragt Antragsteller ob über den Antrag abgestimmt werden soll.

Kurze Unterbrechung 5 Minuten

Frau Lang teilt mit, dass die SPD den Antrag zurück zieht. Eventuell wird ein neuer Antrag mit verändertem Konzept erstellt.

Lfd. Nr. 12 Erwerb von Grundstücken Nördlicher Breiter Weg

Der HFA hat bei 2 Ja Stimmen 7 Enthaltungen Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Frau Lang verweist auf die Bemerkungen, dass der Betrag für 3 Jahre angesetzt ist. .

Herr König findet die Lösungen über die HLG eleganter es werden noch andere Lösungen weiterentwickelt ohne das es den Haushalt belastet.

Herr Dr. Schütz fragt nach, dass wir zurzeit eine Situation eines sehr hohen Barmittels haben wir wo auch viele Zinsen geleistet werden müssen. Wäre es nicht sinnvoll das Geld einzusetzen, um nicht so

viele Zinsen zahlen zu müssen, sondern das Geld zu investieren und wir das Land selber aufkaufen. Wir schauen es an was die Ausschreibung bringt.

Herr König erklärt, dass der Stadt das gewisse Know How fehlt. Es müssten weitere Mitarbeiter eingestellt werden und dies lief mit der HLG sehr gut in unserem Sinne und es sollte so weiter geführt werden.

Herr Hille der Knackpunkt ist was kann geleistet werden es fordert viele Kräfte – die Verwaltung ist gut beschäftigt mit vielen anderen Bauvorhaben es ist mit den Leuten der Verwaltung gar nicht zu leisten. Er ist der Meinung keine eigenen Ankäufe zu übernehmen, sondern das Dritten zu überlassen.

Frau Lang: Wenn es über eine Gesellschaft gemacht werden soll wird auch dazu Geld benötigt - es könnte das Geld eingestellt werden auch wenn es nicht gebraucht wird kann es ins nächste Jahr mit genommen werden .

Die Abstimmung ergibt 15 Ja Stimmen 13 Nein Stimmen und 6 Enthaltungen – mehrheitlich angenommen.

Lfd. Nr. 13 Aufstellung von Fahrradabstellanlagen

Der HFA hat bei 5 Ja Stimmen 4 Enthaltungen Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Die Abstimmung der Überdachung der Bushaltestellen ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 15

Beschlussfassung über den Haushaltsplan der Stadt Linden für das Rechnungsjahr 2018

a) **Haushaltssatzung**

b) **Stellenplan**

c) **Haushalt**

- **Magistratsvorlage Drucksache Nr. 056/16/21 -**

Dr. Goll für den JSSK der Wirtschaftsplan lag nicht vor.

Haushaltssatzung 6 Ja Stimmen 3 Enthaltungen

Stellenplan 7 Ja Stimmen 2 Enthaltungen

Haushalt 6 Ja Stimmen 3 Enthaltungen

Herr Nöh für den Bauausschuss, es gab nur beim Wirtschaftsplan einstimmige Beschlussempfehlung Bzgl. des Haushaltsplan a, b und c gab es keine Abstimmung

Frau Lodde für den HFA

Wirtschaftsplan 8 Ja Stimmen 1 Nein

Haushaltssatzung 8 Ja Stimmen und 1 Nichtteilnahme

Stellenplan 8 Ja Stimmen und 1 Nichtteilnahme

Haushalt 5 Ja Stimmen 4 Enthaltungen

Die Sachen, die im Magistrat sind, wurden im Haushalt miteingeschlossen. Was der Magistrat als Änderungen vorgeschlagen hat, ist mit im Haushalt

Dr. Schütz von Bündnis90/Die Grünen trägt seine Haushaltsrede vor.
Bündnis90/Die Grünen stimmen dem Haushalt nicht zu.

Herr Hille von CDU trägt seine Haushaltsrede vor.
Die CDU stimmt dem Haushalt zu.

Herr Reinwald FDP Fraktion trägt seine Haushaltsrede vor.
Die FDP stimmen den Haushalt nicht zu.

Herr Leun FW trägt seine Haushaltsrede vor.
Die FW werden nicht einheitlich abstimmen

Frau Lang SPD trägt ihre Haushaltsrede vor.
Die SPD stimmt dem Haushalt zu.

Herr Burckhart dankt der Verwaltung für die erbrachten Leistungen.

Die Abstimmung über die Beschlussfassung des Wirtschaftsplans ist mit 27 JA-Stimmen,
5 Nein Stimmen und 2 Enthaltung mehrheitlich angenommen

Die Abstimmung über die Beschlussfassung der Haushaltssatzung ist mit 23 JA-Stimmen und
11 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Die Abstimmung über den Stellenplan wird einstimmig angenommen.

Die Abstimmung über dem Haushalt C wird mit 23 JA Stimmen, 2 Nein Stimmen und 9 Enthaltungen
mehrheitlich angenommen.

Die Abstimmung über den gesamten Haushaltsplan wird mit 23 JA Stimmen und 11 Enthaltungen
mehrheitlich angenommen.

Die Abstimmung über das Investitionsprogramm mit 25 JA Stimmen und 9 Enthaltungen mehrheitlich
angenommen.

Zu TOP 15

Antrag auf Einsetzung eines Akteneinsichtsausschusses gemäß § 50 Abs. 2 HGO

- Antrag FDP – Fraktionsantrag Nr. 053/16/21 –

Herr Reinwald erklärt, dass man über den Antrag nicht Abstimmen müsse die Geschäftsordnung sieht vor. Das sich über den Ablauf dieses Akteneinsichtsgesucht unterhalten werden muss. Ergänzend dazu geht der Antrag ein, dass nicht der HFA dies übertragen bekommen soll, sondern dass der Ausschuss neu konstituiert wird und im Benennungsverfahren die Fraktionen die Mitglieder bestellen.

Herr Hille stellt sich die Frage wie groß, welche Größe der neue Ausschuss haben soll. Es bestehe keine Chance sich jetzt zu beraten.

Herr Burckart merkt an, dass im Ältestenrat signalisiert wurde, dass der HFA dies Zustimmung bekommen soll. Dies ist der eine Weg der andere Weg es kann ein anderer Ausschuss mit anderer Besetzung gebildet werden. Dazu wird zu einer extra konstituierenden Sitzung eingeladen. Da könnten dann Fraktionen ihre Mitglieder benennen.

Es soll geklärt werden bzw. zur Abstimmung gestellt werden, ob es der HFA übernehmen soll oder ob es einen neuen zu konstatierenden Ausschuss geben soll.

Herr Hille wir haben schon ein Ausschuss im der im Benennungsverfahren steht - wir haben schon alles warum soll dann noch ein Ausschuss gebildet werden.

Herr Reinwald merkt an, dass mit Nichten im Ältestenrat festgelegt wurde, dass dies gemacht werde, es wurde zur Kenntnis genommen. Es wurde keine Abstimmung geführt und auch kein Zustimmung erteilt.

Herr Burckart erklärt, dass im Ältestenrat es grundsätzlich kein Abstimmungen gibt. Es war ein klares Signal das dies diesen Vorschlag kein Einwand kommt.

Frau Lang ist der Meinung das ein neuer Ausschuss neutraler sein kann.

Es kommt zur Abstimmung darüber, ob der HFA den Akteneinsichtsausschuss abhalten soll
13 Ja Stimmen und 21 Nein Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Es kommt zur Abstimmung zum Antrag von Herr Reinwald, dass ein neuer Ausschuss gebildet werden soll im Benennungsverfahren. 21 Ja Stimmen und 13 Nein Stimmen mehrheitlich angenommen.

Es wird eine Frist zur Benennung der Mitglieder gesetzt. Diese setzt Herr Burckart fest und wird auch konstituierten Sitzung einladen.

Ende 23:09 Uhr



.....
Ralf Burckart, Stadtverordnetenvorsteher



.....
Tanja Arnold, Protokollantin